

Kleine Anfrage von Oliver Wandfluh betreffend Zustimmung der kantonalen Finanzdirektoren für Verhandlungen mit der EU über die Unternehmensbesteuerung

Antwort des Regierungsrates vom 10. April 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin Sehr geehrte Damen und Herren

Oliver Wandfluh hat am 29. März 2012 folgende kleine Anfrage eingereicht:

«In der Presse war zu vernehmen, dass am 20. Mai 2012 eine Plenarversammlung der kantonalen Finanzdirektoren unter der Leitung von Bundesrätin Widmer-Schlumpf stattfindet. Gemäss den Presseberichten hat Bundesrätin Widmer-Schlumpf gegenüber der EU signalisiert, sie wolle sich anlässlich dieser Versammlung die formelle Zustimmung der kantonalen Finanzdirektoren geben lassen für Verhandlungen mit der EU über die Unternehmensbesteuerung. Mit Blick auf die kantonalen Besonderheiten des Steuersystems des Kantons Zug möchte ich die Regierung anfragen, welche Position sie gegenüber dem Bund in dieser Frage einnehmen wird.»

Antwort des Regierungsrates

Die Diskussionen mit der EU über den Steuerstreit ziehen sich nun über sechs Jahre hin. Zuerst wurde das Thema über das Freihandelsabkommen thematisiert. Die ersten Reformvorschläge zu den kantonalen Steuerregimes im Rahmen einer Unternehmenssteuerreform III waren die Folge. Ein Kompromissvorschlag scheiterte leider am Widerstand vor allem von Italien.

Anschliessend, im zweiten Halbjahr 2010 ist die EU mit neuen Forderungen an die Schweiz herangetreten. Sie hat diese Forderungen von ihren zuständigen politischen Gremien bestätigen lassen. Die EU wählte zwischenzeitlich ein forscheres terminliches Vorgehen mittels Ultimaten und Drohgebärden. Inhaltlich will sie eine integrale Übernahme des Code of Conduct zur Unternehmensbesteuerung. Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) verschloss sich vor einem Jahr einem neuen Dialog nicht, sofern klar definierte Bedingungen eingehalten werden.

Zwischenzeitlich wurde auf technischer Ebene zwischen der Schweiz und der EU im Rahmen des so genannten Dialogs über den Dialog das Feld für einen neuen Dialog abgesteckt. Die FDK hat am 27. Januar 2012 in Anwesenheit von Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf vom Resultat des Dialogs über den Dialog Kenntnis genommen und dieses beraten.

Die FDK ist mit der Eröffnung eines neuen Steuerdialogs einverstanden. Die FDK ist an einem konstruktiven, partnerschaftlichen Verhältnis zur EU interessiert. Ein solches trägt der engen Verflechtung der Schweiz mit der EU Rechnung. Ein Dialog bietet auch die Chance, strittige Punkte in einem geordneten Prozess zur Sprache zu bringen. Die FDK erwartet jedoch klar, dass der Dialog seitens der EU konstruktiv geführt und auf einzelne, bestimmte Gesprächsgegenstände beschränkt wird.

Seite 2/2 2132.1 - 14043

Zum einen heisst dies, dass Drohgebärden unterbleiben, bestehende bilaterale Verpflichtungen von den EU-Mitgliedstaaten eingehalten und keine diskriminierenden Massnahmen gegenüber der Schweiz ergriffen werden.

Zum anderen heisst dies, dass keine Diskussion über den Verhaltenskodex generell und integral, quasi als Diskussion über dessen Übernahme, stattfindet. Dies hätte weitreichende, zurzeit noch nicht abschätzbare Folgen. Wir müssten unser Unternehmenssteuerrecht möglicherweise zu tiefgreifend überarbeiten, obschon wir nicht Mitglied der EU sind.

Der Regierungsrat teilt die Meinung der FDK. Fragen der Unternehmensbesteuerung sind für die Steuerhoheit der Kantone grundlegend. Wir erwarten deshalb, dass die Kantone vom Bund aktiv, systematisch und politisch eng in den Dialog einbezogen werden. Allfällige Erweiterungen des Dialogs dürfen nur mit Zustimmung der Kantone erfolgen. Schliesslich hat der Dialog die demokratischen und föderalistischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Schweiz zu beachten.

Der Vollständigkeit halber machen wir darauf aufmerksam, dass am 20. Mai 2012 keine Plenarversammlung der FDK stattfindet. Die nächste Plenarversammlung findet am 24. und 25. Mai 2012 unter dem Vorsitz des Präsidenten der FDK, Regierungsrat Christian Wanner, statt.

Zug, 10. April 2012

Mit vorzüglicher Hochachtung Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Matthias Michel

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart